

# Volkstimme

Einzelnummer 40 Pfg.

Sozialdemokratisches Organ für Halle a. S.

Nummer 243

Bezugspreis: Monatlich 6.— Mk. und 1/2 Mk. Vierteljährlich; durch die Ausgabeblätter 4.50 Mk. mit Abgabegebühr. Durch die Post monatlich 7.— Mk.; in Vierteljährlich 21.— Mk.

## Bezirk Merseburg.

Erscheint jeden Wertag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“ sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt“ und „Für die arbeitende Jugend“

5. Jahrgang.

Anzeigenpreis: Das Minimum im achtspaltigen Anzeigenzettel beträgt 70 Pfg. Reklame im Druck gespaltelten Letzteile 3.— Mk. Schluss der Anzeigenannahme für die nächste Nr. morgens 9 Uhr.

Redaktion: Große Brunnstraße 17, Halle a. S.  
Verlags-Nr. 6002. Erscheint vierteljährlich 11—12 Uhr.

Halle, Montag, den 17. Oktober 1921

Verlag u. Expedition: Dr. Ulrichstr. 27, Halle a. S.  
Bernaß-Dr. 5407. Postzahlungsvertrag Nr. 11092

# Kein rotes Berlin mehr.

815 000 sozialistische, 835 000 bürgerliche Stimmen.

Am gestrigen Sonntag hat das neue Berlin, Groß-Berlin wie es genannt wird, zum zweiten Male seine Stadtverordneten gewählt, trotzdem es kaum 1 1/2 Jahre in seiner jetzigen Gestalt existiert. Die jetzige Neuwahl des Stadtparlamentes wurde von der Deutschen Volkspartei erzwungen, weil sie hoffte, die sozialistische Mehrheit darin zu Falle bringen zu können. In dem bisherigen Stadtparlament fanden den 100 bürgerlichen Abgeordneten 125 der drei sozialistischen Parteien gegenüber. Diese Mehrheit ist jetzt getrieben. Die bürgerlichen Stimmen überwiegen die sozialistischen um ein Gerüchliches. Die Volkspartei hat ihr Ziel erreicht.

Seit Jahrzehnten hat man nur von einem „roten Berlin“ gesprochen. Vereinzelt Reaktionen aller Schattierungen, vom wilden Feuerzorn bis zum rückfahrenden Vertreter des platten Wandelstretums, haben den Sieg erzwungen. Nach nichtmaliger Zählung waren bis 1 Uhr nichts in sämtlichen Bezirken etwa 815 000 sozialistische und 835 000 bürgerliche Stimmen festgesetzt. Die Sozialdemokratische Partei geht von allen als stärkste aus der Wahl hervor. Sie vereinigte auf ihrer Liste nach den bisherigen Zählungen 348 947 Stimmen. Gegen die vorigen Stadtverordnetenwahlen erlangen wir ein Mehr von über 70 000 Stimmen. Die U. S. P. kam von 692 000 Stimmen auf 815 000 heran. Von den verlorenen über 300 000 Stimmen vermehren die Kommunisten im ganzen nur 157 000 auf sich zu verzeichnen. Die Sozialnationalen haben ihre Stimmenzahl um über 100 000 verlieren können. Ebenfalls erheblich angewachsen ist die Deutsche Volkspartei, während der Zuwachs der demokratischen Stimmen nicht so erheblich ins Gewicht fällt.

Die Deutsche Volkspartei hat also ihr Ziel erreicht. Durch ihren Protest, der sich auf kleine, bei der vorigen Wahl vorgeschlagene formale Verstöße stützte, die eigentlich ihr selbst zugute kamen, denn sie war die Urheberin der Verzögerung der Wahlen erzwungen. Ob aber diese geringfügige bürgerliche Mehrheit arbeitsfähig sein wird, ist eine andere Frage. Denn als stärkste Fraktion steht die der Sozialdemokratischen Partei im Mittelpunkt des kommunalen Lebens. Sie wird statt der bisherigen 37 Sitze 45 bis 46 erhalten. Sie wurde zur stärksten Partei, trotzdem Kommunisten und Unabhängigen hofften, mit demagogischer Entstellung der bürgerlichen Parteien soziale Gesetze machen zu können. Sie wurde zur stärksten Partei, trotzdem die Reaktionen die Schuld für die schlechte Finanzlage der Stadt nicht der Majorität der Kriegszeit, sondern der „Militärwirtschaft“ während der Revolution unter Führung der Sozialdemokratie zuschob. Alle Versuche von rechts und links haben den Aufstieg unserer Partei nicht hindern können.

Wie aber wurde der Erfolg der Bürgerlichen erzwungen? Der beste Zutritt für natürlich dabei die Entzweiung und der Böhlerbundesrat gewesen. Man verhehle sich nicht den ungelassenen Einfluss, den die Entscheidung über die nächsten auch auf den Ausfall dieser Kommunalwahl ausgeübt hat. Dazu fanden die bürgerlichen Parteien ungenutzte Mittel zu einer breiten amerikanischen Wahlklausur zur Verfügung, der kein Mittel zu schlecht und keines zu geringfügig war, um nicht gegen die Vertreter der sozialistischen Weltanschauung verwendet zu werden.

Was hatten aber die dem vorliegenden Anstand der Bürgerlichen entgegen zu setzen? Auf große praktische Erfolge in dem kurzen Da-sein der neuen Kommune Groß-Berlin konnten sie nicht hinwirken. Dazu war die Zeit zur Durchführung großer Pläne viel zu kurz und auch die durch den Krieg verursachten mislichen Verhältnisse fanden dem entgegen. Das Schlimmste bei allem war aber, daß diese drei sozialistischen Richtungen, die sich nicht auf bestimmte Grundfälle in der hohen Politik einigen konnten, auch in ihren Anträgen über zweimalige Kommunalpolitik weit auseinanderzogen. Die Kommunisten namentlich haben die Schuld auf sich geladen durch ihr Verhalten im Berliner Stadtverordnetenrat nicht nur den sich nach Waise schüßenden Mitbürgern ein Grauen vor der Arbeiterbewegung eingebracht zu haben, sie haben durch die immer wiederholten fruchtlosen Därm- und Kabalzen auch viele Schichten abgehoben, die ihrer ganzen materiellen Lage nach zu den Wählern der sozialistischen Parteien gehören. Die Ausblossierung des kommunalen Treibens hat sie so enttäuscht, daß sie um der Rechten Vorteile willen nun wieder zu den Bürgerlichen übertraten.

Was für Berlin stand nun die Frage auf, wie wird sich jetzt eine Mehrheit bilden, die die Geschicke des Gemeinwesens lenkt. Freilich lagen in einer solchen läßtlichen Körperlichkeit die Verhältnisse wesentlich anders wie in einem politischen Parlament. Ein Majorität kann nur ohne eine bestimmte Mehrheit im Stadtverordnetenrat eine Geschäfte erledigen. Freilich wird der Demokratie durch die Stadtverordnetenwahl nicht als dann ziemlich ungewiß sein. So sehr uns der Ausfall, daß selbst in einem Hurstisch für die Sozialdemokratie so günstig sich zeigendem Gebilde wie Berlin, nicht unter allen Umständen ein ähnliches Resultat erzielt wird wie vor kurzem

noch in Thüringen. Welchen Einfluss der Ausfall der Berliner Wahlen auf die im Gange befindlichen Umgestaltungen der Regierungen im Reich und in Preußen ausüben wird, läßt sich vorläufig nicht voraussagen. Günstig wird er wahrscheinlich nicht sein. Doch muß man erst das amtliche Wahlresultat und auch die heutige Konferenz der bisherigen Koalitionsparteien abwarten, ehe man dazu etwas Bestimmtes sagen kann.

## England stimmt zu.

London, 15. Okt. (Reuters). Die Botschafterkonferenz ist mit der Verfestigung der Empfehlungen des Böhlerbundesrats bezüglich der Grenzregulierung in Übereinstimmung der britischen Regierung erhalten haben betraut worden. Derselbe Körperlichkeit wird demgemäß die interalliierte Abstimmungskommission über das Wesen der Entscheidung unterrichten und sie auch der deutschen und der polnischen Regierung zur Kenntnis bringen. Die britische Regierung erklärt an, daß die Regelung sehr gerecht und unparteiisch ist. Wie sie selbst die Empfehlungen ohne Rücksicht und Bedenken annimmt, so erwartet sie, daß dies von allen beteiligten Parteien in dem gleichen Sinne geschehen wird.

Paris, 15. Oktober. (Havas). Die Botschafterkonferenz hat sich in ihrer heutigen Sitzung der vom Böhlerbundesrat empfohlenen Lösung hinsichtlich der Grenzregulierung in Oberschlesien und der wirtschaftlichen Verhandlungen, die zwischen Deutschland und Polen getroffen werden sollen, angeschlossen. Sie wird in ihrer nächsten Sitzung, die auf Montag festgesetzt ist, die verschiedenen Einzelheiten zu ihrer Durchführung prüfen.

## Die Folgen.

Wenn sich die Nachricht bestätigt, daß England dem Spruch des Böhlerbundes seine Zustimmung erteilt hat, dann ist die Teilung Oberschlesiens im Sinne dieses Spruchs so gut wie vollzogen. Man kann sie beträuen und sich über sie empören, aber an ihr wird dadurch nichts geändert. Deutschland hat einen Krieg verloren und muß Land abtreten, das ist die bittere Erkenntnis. Einen neuen Krieg, um dieses Land zu behalten, kann Deutschland nicht führen, das Leben sogar die Deutschlandslagen ein. Das Schwere wird also getragen werden müssen wie all das andere Unglück, das uns von der Monarchie und der kriegsbegehrigen Politik der Deutschlandslagen gekommen ist.

Die Deutschlandslagen müssten nun zu dem Unglück, das Deutschland betroffen hat, ein besonderes Vergnügen haben: Sie möchten Deutschland nach mehr zu grunde richten, als ihnen das bisher gelungen ist, und darum brüllen sie nach der Demission des Kabinetts Wirth. Hoffentlich wird dieses Gebrüll auch den schwächerartigen Demokraten davon überzeugen, daß es Feigheit und schwachwollige Gelonnie wäre, das Kabinett jetzt fallen zu lassen, indem die Demokraten einen weit über ihre Fraktionszahl hinausreichenden Einfluss besitzen und in dem alles, was geschah, mit ihrer Billigung geschehen ist. Ein solches Verhalten wäre geradezu beispiellos in der politischen Geschichte und müßte im Verhältnis der Parteien zueinander die Schwere des eigenen Folgen haben. Rechnen wir also ernstlich damit, daß die Spekulation der Monarchisten auf den Wandel der bürgerlichen Koalitionsparteien vergeblich ist, und daß Deutschland infolge dessen die vielleicht schwerste innere Krise, die es seit drei Jahren erlebt hat, eripart bleiben wird!

Der demofnationalistische Führer Hergt hat in derselben Rede in Berlin, in der er den Rücktritt der Reichsregierung verlangte, einen neuen politischen Kurs gefordert, der durch eine unentwegte Irredentapolitik und durch die Erklärung bestimmt werden soll, ohne Oberschlesien gebe es keine Erfüllung der Deutschlandslagen. Er wird sich keine Feigheit finden, die diesen demagogischen Irrsinn in die Tat umzusetzen wird. Treibt Deutschland eine Politik der Irredententat, d.h. eine Politik, die nur auf dem Wunsch geleitet wird, das im Kriege verlorene Land wiederzugewinnen, dann handelt es gerade nach dem Wunsch seiner erbitterten Feinde, die alle Nachbarn Deutschlands mit bisher deutschen Landgebieten begehrt hat, in der Abficht, zwischen ihnen und Deutschland dauernde Gegenstände zu erzeugen. Die Treidentropolitik Hergts würde Frankreich, Belgien, Dänemark, Litauen, Polen, die Tschechoslowakei und Italien zu einem dauernden Bund gegen uns vereinigen, wir würden blockiert sein wie im Kriege. So etwas kann man in Versammlungen verlangen, wo man das

Maß so weit wie möglich aufreißt, kein verantwortliches deutscher Staatsmann kann das aber tun.

Ebenso liegt die demofnationalistische Forderung, Deutschland solle die Erfüllung der ihm auferlegten Verpflichtungen einstellen, außerhalb des Kreises entzündeter Erörterungen. Die Folge wäre ein neuer Zusammenbruch und der Verlust des Ruhrreviers, sowie der uns verüblichen Teile Oberschlesiens. So viel Verlust, um das zu begreifen, muß auch Hergt haben, aber diesem Vaterlandsredner kommt es nur darauf an, die Dämonen im Lande um sich zu sammeln und sie gegen die Republik zu heben, ganz gleichgültig, was aus dem Vaterland dabei wird.

Die Folgen der Irredententat weitröcker Gebietsteile werden sich dem Staat nicht sofort, aber allmählich fühlbar machen. Sie bedeuten eine Verringerung seiner Steuerkraft. Das neue „Loch im Damm“, das geöffnet werden soll, fördert die Kapitalflucht und allen unsauberen, die Gemütheit schädigenden finanziellen Spekulationen die begehrte Gelegenheit. Noch schwerer wirkt in unserem Gefühl die Gefahr der Drangsalierung, der die deutsche Bevölkerung der unter polnische Herrschaft kommenden deutschen Städte ausgesetzt sein wird, wenn anders nicht die noch unbekanntem Einzelbestimmungen der Entscheidung über einen kräftigen Riegel vorgehoben. Auf der anderen Seite aber ist eines gewiß: Die kapitalistische Privatwirtschaft wird von der neuen Grenzregulierung im Osten keinen Vorteil haben, es ist im Gegenteil wahrscheinlich, daß sie aus ihr nicht geringen Vorteil ziehen wird. Denn gerade das „Loch im Damm“ birgt ihr solche Gelegenheiten bieten, wie in das polnische Gebiet einzudringen. Der Leidende bei dem ganzen Handel wird also der Staat sein mit der breiten Masse seiner bedürftigen Bürger, die Befragenden werden auch hier ihren Vorteil zu finden wissen.

Ist das nun wirklich kein idealer Zustand, so ist es für die Arbeiterschaft immer noch besser, wenn die Geschäfte gut gehen, als wenn sie schließlich gehen. Es ist gar nicht abzusehen, welche Zustände wir bekommen würden, wenn sich die Arbeitslosigkeit bei uns so ausbreitete wie in den Vereinigten Staaten oder in England. Dort bleibt, wenn die Privatwirtschaft vorübergehende Schwächenanfalle erleidet, immer noch ein kräftiger Staat, der den Opfern der Krise beistehen kann. Unter dem Staat ist selber krank und bettelarm, darum ist die Ausbreitung der Arbeitslosigkeit und Steigerung der Produktion für die deutschen Arbeiter mehr eine unmittelbare Frage um Leben oder Tod als für die Arbeiter anderer Länder.

Die politische Grenzregulierung in Oberschlesien wird aber, wie gesagt, eine Schädigung der Privatwirtschaft schwerlich herbeiführen. Auch wir können die Schädigung im Interesse der Arbeiter nicht wollen, sondern müssen vielmehr eine möglichst geordnete wirtschaftliche Beziehungen auch zu Polen wieder aufgenommen werden. Polen gegenüber wie gegenüber jedem anderem Lande wäre eine bloße Gefühlspolitik kein Nutzen, sondern ein schwerer Schaden. Wir können uns den Luxus einer solchen Gefühlspolitik nach seiner Richtung erlauben, sondern wir müssen vernünftig im Interesse des Volkes handeln und trotz alledem daran arbeiten, daß es wieder aufwärts geht.

## Das ungelöste Wirtschaftsproblem.

Genf, 15. Oktober. (STA). In gut unterrichteten Kreisen macht man mit großer Bestimmtheit die Auffassung geltend, daß die oberflächliche Frage, was die wirtschaftlichen Probleme betrifft, auch nach Verfestigung der Entscheidung des Obersten Rates durchaus nicht als gelöst angesehen werden kann. Die wirtschaftlichen Bestimmungen, die das amtliche Communiqué als den wesentlichen Teil der Lösung darstellt, hingen noch völlig in der Luft. Der Friedensvertrag könne natürlich weder Deutschland noch Polen die Annahme des vorgeschlagenen Wirtschaftsabkommens aufzwingen, um man müßte entweder mit direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen, die sich sehr lange hinziehen könnten, oder gar mit Abschätzung rechnen. Die Folge wäre also, daß nur die Grenzlinie einen absolut bindenden Charakter trage und infolgedessen, daß die Wirtschaftsabkomme bisher nur auf dem Papier bestehe, tatsächlich die Lösung bis auf weiteres nichts anderes als eine glatte Verzerrung des Friedenskrieges geübt werde. Diese Auffassung wird bekräftigt in einem Züricher Telegramm des „Journal de Genève“, demzufolge Deutschland und Polen, die die territoriale Teilung annehmen müssen, selbstverständlich das Recht haben, das Wirtschaftsabkommen nicht abzuschließen. Das sei durchaus Sache Polens und Deutschlands, es läge aber in ihrem Interesse, die angedeuteten Vorschläge anzunehmen.

**Gebietshoheit und Wirtshoheit.**

Was der Distrikten über die künftige Gestaltung des Gebietswesens aussagen und Polen ist die Frage der künftigen wirtschaftlichen und wirtshoheitlichen Zukunft Obereschlesiens bisher kaum in den Kreis der Erörterungen gezogen worden. Wenn sich auch im Augenblick nichts Bestimmtes sagen lässt, bevor die Beschlässe des Völkerverbands uns in endgültig formulierter Fassung vorliegen, so lassen sich doch schon jetzt einige grundsätzliche Erwägungen staatsrechtlicher Natur über die künftige Gestaltung des hochpolnischen Gebietswesens sagen.

Das Wesen der Gebietshoheit ist sehr unklar, und es stehen sich zwei Auffassungen gegenüber, die es grundsätzlich gegenüber. Die eine Auffassung erblickt das Wesen der Gebietshoheit darin, daß das Gebiet Objekt der Gebietshoheit sei, d. h. in einer Art privatrechtlichen Eigentumsverhältnis zum Staat steht. Diese Auffassung, die staatsrechtlich als die eigentumsrechtliche, auffällig als die reaktionsäre bezeichnet werden kann, fußt auf dem im 18. Jahrhundert bestehenden Spielum des sogenannten „Partimoniales“. In diesem Spielum galt der jeweilige Landesherren als Eigentümer seines Landes, das er kaufen und verkaufen, pfländen und verpfänden konnte, furch aber das ihm völlig freie Verfügungsrecht überlassen blieb, ohne daß bürgerliche Verleihen oder Adressen die Einpruchswert des Abwehrenden hiervon berührt die andere Auffassung die Meinung, daß jeder eigentumsrechtliche Zustand aus dem Wesen der Gebietshoheit zu beschreiben werden und daß diese lediglich als Herrschaft innerhalb eines Gebietes bezeichnet werden muß. Nach man die Gebietshoheit in diesem Sinne auf, so ist ihr Erwerb und Verlust gleichbedeutend mit Veränderungen und Neugestaltungen des Staates selbst und ihr Umfang wird durch das Gebiet gekennzeichnet, in welchem sie wirksam wird, sobald eine Abgrenzung der Gebietshoheit nicht möglich ist.

Dies vorausgesetzt, ergibt sich für die künftige staatsrechtliche und wirtschaftliche Situation das Folgende: auch wenn wir uns der reaktionsären Staatsauffassung nicht anschließen, noch der bis her deutschen Teile Obereschlesiens im Verhältnis eines Privateigentums zum Staat haben, müßen wir die Gebietshoheit der deutschen Republik in Obereschlesien auch dann als erloschen ansehen, wenn wir unter ihr die räumliche Herrschaft innerhalb eines Gebietes verstehen. Nun wurde — nach in bisher vorgelegenden unerbüßlichen Mitteilungen — vom Völkerverband zwar die Anerkennung der deutschen Gebietshoheit in Obereschlesien beschlossen, jedoch Deutschland die Befugnis zur wirtschaftlichen Ausübung des an Polen abgetretenen Gebietes eingeräumt. Wird dieser Gehalt wirksam, so tritt hiermit eine Neuanordnung der Gesamtanlage ein. Der Begriff der Gebietshoheit ist ausschließlich im Staatsrecht zu suchen, der Begriff der wirtschaftlichen Grundbarnehmung fällt jedoch in den Rahmen des Völkerverbandes. Während die Gebietshoheit entweder da ist oder nicht da ist, in jedem Falle oder ihrem Wesen nach keine Bestimmungen verträge, unterliegen die Wirtschaftsabmachungen der einzelnen Nationen den internationalen völkerrechtlichen Verhandlungen, die jede beliebige Beschränkung, bezw. Ausdehnung der Rechte der Vertragspartner zu lassen.

Aus dieser Auffassung ergeben sich eine Reihe praktischer Anwendungsdarstellungen; es bedeutet eine Jerschätzung der Bevölkerung, ausschließlich mit dem Begriff der verlorenen Gebietshoheit zu operieren und die wirtschaftlichen Ausläufer unberührt zu lassen, als seien sie belanglos und nebensächlich. Entgegen den deutschen nationalen Behauptungen wurde verschiedentlich im Hinblick auf politische Seite darauf hingewiesen, daß über die Einwirkung auf den Ausscheidung Obereschlesiens vom deutschen Staatsgebiet auf die Wirtschaftlichen der Erfüllung unserer Verbindlichkeiten im Augenblick von keinem Menschen auch nur im Mindesten zurecht erfährt werden können. Es ist jedoch und bedeutet bei der gegenwärtigen kritischen Lage eine gefährliche Jerschätzung der Situation, wenn man ausschließlich die politische Situation in den Vordergrund schiebt und die wirtschaftliche Lage als quantitativ negeblaße behandelt. Erst wenn es gelungen sein wird, durch die Abschließung deutsch-polnischer Verträge die künftige völkerverbandliche Stellung der Sozialdemokratie zu

klären, kann über die Frage geurteilt werden, deren Entscheidung im gegenwärtigen Augenblick nur die, ob, wenn man die Diskussion über die allein dem aufgeklärtesten Nationalismus überläßt, gefährdend ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch die günstigsten wirtschaftlichen Abmachungen von geringer Wirksamkeit für den Staat, der in dem betreffenden Gebiet eine Hoheitsrechte verloren hat, sein müssen, als wenn die Gebietshoheit unverändert weiterbestände. Es folgt in diesem Falle dem Staat an der politischen Autorität, mit der er sich gegebenenfalls hinter wirtschaftliche Vereinabgeschlossenheit des Vertrages zu erwidern. Der Völkerverband, der er seinen teilen muß, um ihre Erfüllung im Sinne des besten Möglichen sich. Verhandlungen zufolge, nach Beschlüsse ihrer obereschlesischen Beratungen vorgeschlagen, werden Gelegenheit haben, bei der Prüfung deutsch-polnische Abkommen, die ihnen höchst wahrscheinlich gleichfalls unterliegen wird, dafür zu sorgen, daß für beide Kontrahenten ein Zustand eintritt, der beratige Günstigste nicht als hoffnungslose Wechsel auf die Zukunft erlöschen läßt. Es wird die Aufgabe jeder künftigen deutschen Regierung sein, dafür Sorge zu tragen, daß die künftigen Abmachungen wirtschaftlicher Natur im Geist der gegenseitigen Gleichberechtigung und Persönlichkeit getrauen sind, der, wie man gesehen muß, bis her über allen Abmachungen mit dem Verfallenen Friedensvertrag geschriebt hat.

**Polen für ein ungeteiltes Obereschlesien.**

Oppeln, 15. Oktober. (W.B.) Die polnische Sektion des Bundes der Obereschlesier hat das folgende, die neue Entwicklung in Obereschlesien stark zeichnende Telegramm an den Völkerverband geschick:

Hoch Völkerverband! Die polnische Sektion des Bundes der Obereschlesier erhebt ihr erstes Einpruch gegen die Teilung der obereschlesischen Heimat und erblickt in der angeblich geplanten Teilung Obereschlesiens eine durchaus unanständig und dem Willen des obereschlesischen Volkes in Polen unerschütterlich enger schließende Regelung der obereschlesischen Frage. Wenn die Teilungsmeldungen aus Genuf zutreffen, droht unserer Heimat eine Zeit schwerer innerer Zerwürfisse, wirtschaftlichen Niederganges und unerrücklicher Leiden. Wir polnischen Obereschlesier verlangen darum nochmals, daß wir vor der Entscheidung über unsere Heimat gehört werden und ersuchen den Völkerverband, unsere Vertreter zu empfangen.

**Kapitalistischer Ausnutzung der Vorklage des Reiches.**

Die Goldzulage auf die Zölle sind von 900 auf 1800 Prozent erhöht worden, jedoch wurde für eine Hebergangzeit von 14 Tagen die Einfuhr zu den alten Zöllen ausgesetzt, die Folge davon ist, daß die Importeure noch möglichst schnell Waren zu den alten Zöllen beibringen und sie zu den gleichen Preisen wie die hochpreislichen Waren weiter verkaufen. Das Ostmarktet Hamburg des Abhandels und der Verkauf der Waren D. D. haben daher an den Reichsanwalt Dr. Völkert folgendes Telegramm geschick:

„Gegensatz! Tiefste Erregung herrscht in Kreisen hamburgischer Arbeitnehmerschaft ob der zurzeit im Hamburger Hafen betriebenen wucherischen Ausnutzung der angehängten Zollerhöhung. Die übermäßigen und überstürzten Warenemnahmen zum niedrigen Zollfuß bedeutet nach der Aufhebung der heiligen Arbeitnehmerschaft einerseits die spätere Schädigung der Reichskasse, andererseits die Möglichkeit einer übermäßigen Hebergangzeit deutscher Konsumenten. Die eingetragene Hebergangzeit von 14 Tagen gibt die Möglichkeit eines Hebergangs für den Handel auf Kosten der Steuerzahler und Verbraucher. Die unterzeichneten Epigonen der wirtschaftlichen Organisationen der hamburgischen Arbeitnehmerschaft empfehlen dringend, im allgemeinen Interesse die bis zum 20. Oktober laufende Hebergangzeit sofort anzubekunden oder aber bei aus der Hebergangzeit dem Handel ersichtlichen beträchtlichen Gewinn auf Kosten des Reiches und aller Verbraucher im allgemeinen Staatsinteresse durch eine Nachvergütung zu erfüllen. Es liegt Gefahr vor, daß Hamburgs organisierte Arbeitnehmerschaft des Schadens zur Selbsthilfe greift, um der zur Zeit betriebenen wucherischen Ausnutzung der angehängten Zollerhöhung wirksam entgegenzutreten. Es wird dringend angeheimgegeben, zukünftig

Hebergangsbestimmungen, wie sie jetzt eingebracht sind, nicht wieder zu gewähren, da diese Hebergangsbestimmungen nur dem Vorteil Einzelner auf Kosten der Gesamtheit dienen.“

**Neuer Zustand der Markt.**

Der fatalistische Sturz der Markt, eine Folge des Völkerverbandeschlusses über die Teilung Obereschlesiens, setzt sich immer weiter fort. Die Breites fremder Zahlungsmittel gehen sprunghaft in die Höhe. Der Dollar erreicht am Sonnabend den Rekordstand von rund 150 M., der Franken den von 30 M.; die Kursentwicklung anderer wichtiger Devisen geht aus nachstehender Tabelle hervor. Man lasse nach den amtlichen Berliner Nachrichten für:

	am 27. 7.	1. 10.	8. 10.	12. 10.	15. 10.
100 Pfund. Gulden	2477.50	3896.10	3996.—	4395.60	4945.05
1 Pfund Sterling	289.70	462.50	468.—	509.45	576.40
1 Dollar	81.03	124.37	124.68	131.86	149.60
100 französl. Francs	620.85	874.10	891.10	961.90	1085.90
100 Schweiz. Fr.	1321.15	2147.55	1267.60	2487.35	2877.10
100 österr. Kronen abgehändert	9.13	7.82	6.68	6.68	7.96
100 österr. Kronen	101.25	127.35	130.45	140.55	159.84

**Oppau, Kartoffelverlosung und anderes mehr.**

Der Hauptausgleich des Preussischen Landtags am gestrigen Sonnabend vor allem eine Sitzung von sechs Millionen zur Unterstützung der Opfer von Oppau. Gedankt wurde die Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten fortgesetzt.

Abg. v. Lampe (D. Sp.) sprach die Schwierigkeiten in der Kartoffelverlosung und verlangte eine straffe Grenzkontrolle zur Verhütung von Verhörungen nach dem Auslande. Auch Abg. Jaeger sprach über die Lebensmittellieferung zur Verfügung der Marktische im engen Zusammenhang mit dem Verkauf der Marktische. — Abg. Braun (Soz.) bezeichnete dem Staatsrat als unfähig, er sei überzeugt, daß sich später einmal eine Landtagsmehrheit für die Abschaffung des Staatsrats finden werde. Der Redner kritisierte das Verhalten einzelner preussischer Abgeordneter in München und in Dresden. Zum Schluß führte er auseinander über die Personalpolitik des Ministers des Inneren vor hierauf nahm das Wort Ministerpräsident Siegenerwald. Er berichtete über die Maßnahmen zur Hebung der Kartoffelnot und verteidigte das Verhalten der preussischen Landesbehörden in München, solange auch die anderen preussischen Staaten Verlosungen dort unterlassen. Der Ministerpräsident schloß jedoch die obereschlesische Frage. Weiter bezeichnete er die Einrichtung eines künftigen Auslasses des Staatsrats für erforderlich, damit die notwendigen Arbeiten nicht verzögert würden. Er gab lobende Entwürfe über die in Vorbereitung befindlichen Gelegenheitsentwürfe. Die Anträge auf Abschaffung des Staatsrats und Aufhebung der Preussischen Landesbehörden in München leitete Abg. v. Schlotmann (D.) ab. Zum Schluß wandte sich der Redner gegen die Bildung eines Groß-Hamburgs auf Kosten Preussens. Ministerpräsident Siegenerwald betriht, niemals reaktionsäre Völkert vertieren oder gebildet zu haben. — Abg. v. Evering (Soz.) hob hervor, wenn der Ministerpräsident Ausführungen, wie er sie soeben im Ausnahmefall gemacht habe, schon früher gemacht hätte, wäre seine Politik niemals eine reaktionsäre genannt worden. Geber habe er bisher ja weder im Landtag noch bei sonstiger Gelegenheit gesprochen. Abg. v. Leib (U. Soz.) lagte dem Ministerpräsident Siegenerwald den stärksten Kampf an und sprach sich für Abschaffung des Staatsrats aus. — Abg. v. Krosi (Zik.) erklärte, der Staatsrat müße bleiben, es seien aber Maßnahmen zu treffen, durch die ein besseres Zusammenarbeiten des Staatsrats mit dem Landtag gewährleistet würde.

**Internationaler Völkerverband.**

Am Montag nachmittags 4 Uhr findet in der Reichsanwalt eine internationale Völkerverband der Reaktionsparteien des Reichstages statt. Hauptanlass soll die Frage der Regierungsentwässerung, die durch die Demotanten neu ins Rollen gedrückt ist, besprochen werden.

**Gegen die Fremdenwährung.**

Saarbrücken, 15. Okt. (W. Z. B.) Eine auf 25 000 bis 30 000 Personen geplante Verammlung protestierte heute gegen die von der Regierungskommission zur Erweiterung des Frankenumlaufes ergrienen Maßnahmen. Die Redner betonten, daß die Saarbevölkerung bereit sei, zu arbeiten, aber fordern müße, daß die Regierungskommission nicht ständig gerade das Gegenteil dessen zum Geschehen mache, was die Bevölkerung als ihren Wunsch zu erkennen gebe. Die Bevölkerung habe das Recht auf

**Die Marktenderin.**

Ergählung aus der Zeit der Revolutionskriege von Erdmann-Battien

11. Fortsetzung.

**Viertes Kapitel.**

Nach dem Abzug der Republikaner verging wohl eine Viertelstunde, ehe sich untererleits jemand auf der Straße zeigte. Alle Häuser schienen verlassen. Auf der anderen Seite der Brücke hingegen stieg der Tumult. Das Geschrei der Leute: „Feuer! Feuer!“ klang schauerlich fort und fort. Einmal von dem Brand, war ich unter dem Schuppen herausgetreten. Nichts regte sich; man hörte nur das Knirschen des Feuers und die Sausen eines Rembranden, der gegen die Mauer unseres Stalles geschloß. Er hatte eine Kugel in der Seite und blühte sich mit beiden Händen, um nicht umzutreten. Es war ein Kroat; er sah mich mit einem fürchterlichen und verwirrenden Blick an. Ein wenig weiter lag ein Pferd auf der Seite, das seinen Kopf auf dem langen Hals wie einer Fendel hin und her bewegte.

Indem ich so dand und dachte, was die Franzosen wohl für arge Räuber seien, daß sie uns ohne irgendeinen Grund niederbrannten, ließ sich hinter mir ein lautes Geräusch vernehmen. Ich wandte mich um und sah im Schatten des Schuppens zwischen den Strohhalmeln, die von den Balken hingen, das Scheumörtel halb offen und dahinter das blaße Gesicht unseres Nachbarn Spid mit weit aufgesperrten Augen. Er irrte den Kopf despaßsam vor und harrte; nachdem er sich dann überzeugt hatte, daß die Republikaner den Mordung angetrieben haben, schritt er herbor, schwang seine Haue wie ein Linderer und rief: „Wo sind sie, die Lumpen? Wo sind sie? Ich werde ihnen allen den Garas machen.“ „Ach,“ sagte ich zu ihm, „sie sind fort, aber wenn Sie laßt, könnt Sie sie noch am Ende des Dorfes einfischen.“

Darauf sah er mich mit einem jähigen Blick an. Er mußte sich aber überzeugt haben, daß ich ohne Bosheit

redete, denn er ließ dann dem Feuer zu. Gleichzeitig öffneten sich mehrere Türen; Männer und Weiber kamen heraus, sahen sich um, hoben die Hände zum Himmel und schrien: „Die verfluchten Kerle! Die verfluchten Kerle! Und jeder beichte sich, seinen Eimer zum Köchen zu holen.

Der Brunnen war bald von Leuten umgeben; es war kein Platz mehr; man bildete eine Kette auf beiden Seiten bis in die Gänge der höchsten Häuser hinein. Einige auf den Dächern stehende Soldaten gossen Wasser in die Flamme, aber alles, was man nur konnte, bestand im Schug der Nachbarhäuser. Gegen elf Uhr stieg eine blaue Feuerwolke zum Himmel; unter der Zahl der zur Brücke verwandten Fahnenkreuz befand sich auch das Wägelchen der Marktenderin, und die zwei Fräulein Brantwieder, die darauf waren, eplodierten in dem Brand. Nach der Dunkel war in der jenseitigen Kette unter der Aufsicht von österreichischen Schützen, es gelang ihm aber, sich loszumachen und über einen Hof weg und durch die Gärten kan er zu uns gerüber. „Gott sei Dank!“ rief er, „Frigel ist gerettet!“

Ich sah bei dieser Gelegenheit, daß er mich sehr liebte, denn er küßte mich und fragte: „Wo bist Du denn gewesen, armes Kind?“ „Am Fenster,“ erwiderte ich, „Da wurde er ganz blaß und rief: „Nischel, Nischel!“ Aber ich antwortete nicht, und es war uns nicht möglich, sie aufzuhaben; wir gingen durch alle Zimmer, schauten rechts und links den Bettent nach und dachten, sie habe sich zu irgendeiner Nachbarin geflüchtet. Endlichen war man des Fensters Meister geworden und plötzlich hörten wir die Lehretreiber draußen rufen: „Plag, Plag, zurück!“

Zu gleicher Zeit sprengte ein Regiment Kroaten blitzschnell an unserem Hause vorbei. Sie sagten den Republikanern nach, allein wir erhaben den anderen Tag, daß sie zu spät kamen. Der Feind hatte die Wälder von Postales gewonnen, die sich bis hinter Birmanens erstreckten. Nun begriff man endlich, warum sie die Straße verbarrikadiert und Feuer angelegt hatten. Sie wollten die Verlosung der Kavallerie verzögern, was ihre ganze Wichtigkeit im Kriegskampfen bewies. Von diesem Aus-

genbild bis fünf Uhr abends befürzten zwei österreichische Brigaden durch das Dorf an unseren Fenstern vorbei: Manen, Dragoon, Juarren, dann Kanonen, Geschüt, und Munitionswagen; gegen drei Uhr kam dann der Obergeneral in der Wite seines Stabes, ein großer alter Herr mit einem Dreispitz auf dem Kopf und im einem langen weißen polnischen Rod, der so mit Wälfen und Goldstickereien besetzt war, daß neben ihm der republikanische Kommandant mit seinem abgebauten Hut und Uniformrock nur wie ein einfacher Korporal ausseheher hätte.

Der Bürgermeister und die Gemeinderäte von Inhabel erwarteten ihn auf dem Dorflplatz in ihren Sonntagshelmen mit langen Schwänzen und entzündeten Hauptes. Er hielt dort zwei Minuten lang still, betrachtete die um den Brunnen herumliegenden Haufen von Toten und fragte: „Wieviel Mann Franzosen waren hier?“ „Ein Bataillon, Excellenz,“ antwortete der Bürgermeister mit tiefem Niederdruck. Der General erwiderte nichts; er küßte seinen Dreispitz und setzte seinen Weg fort.

Dann kam die zweite Brigade, woran Tiroler Jäger in grünen Hosen, mit schwarzen Hüten, mit aufgeschlagenem Horn und mit gezogenen Jmsbrüder Stugen; dann andere Infanterie mit weißem Rod und himmelblauen Hosen und großen bis zum Knie reichenden Panzschuhen. Dann die schwere Kavallerie, sechs Schuh hohe, in blauen reitenden Männer, von denen man unter dem Hühler ihrer Helme nur das Kinn und lange tote Schwurbräute sah; dann endlich das große Fußvolk der Umbrung mit überreifen gelblicher grauer Leinwand und zuletzt die Lehretreiber, die Nachzügler und die Wemmen. Die Dragoonen der Armeie gingen auf dem Platz herum; sie hoben die Bemerkungen auf und legten sie auf die Wagen, und einer ihrer Vorgesetzten, ein kleiner Kreis, mit weißer Perücke, sagte zum Bürgermeister, indem er auf den Rest hinwies: „Das alles lassen Sie halbmöglich begraben.“ „Nach Ihrem Befehl,“ antwortete der Bürgermeister gravitätisch. Endlich waren die letzten Fahnenkreuz vorüber; es war ungefähr sechs Uhr abends. (Fortf. folgt.)

Verpflichtung und alle ... das die man ...

Verpflichtung und alle ... das die man ...

Verpflichtung und alle ... das die man ...

Das Lebensministerium in Wien.

Wien, 15. Okt. (W. T. Z.) Heute nachmittags fanden ...

Verdienste der Hofbeamten.

Nach dem Zusammenbruch im November 1918 wurde ...

Zur Driftfahneinteilung der Beamten

Stellen aus die beteiligten Großgewerkschaften ...

Mitteln v. Daum hat sich aber auch ein Anzahl ...

Maßgebend und einflussreich sind jedoch nur die ...

Ausgeschlossen von der Versicherung sind ferner ...

Darum Arbeiter, leid auf der Hut, geht nicht zu den ...

Der Radfahrer B. in 3. stürzte mit dem Rad und ...

540 Mark für ein Goldstück.

Der Kauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank ...

Die Privatkapitalistischen Versicherungs-

gesellschaften und die Volksfürsorge.

„Nach Feierabend“, so lautet annähernd der Titel ...

Städtisches

Freizeitsport ...

Angelspiel und in Gärten bei Anwaltsvereinen ...

Stadttheater.

„Die Ariele“. Musikalisches Lustspiel von Eugen d'Albert.

Freizeitsport.

Freizeitsport ...

Herbtkonzert des Freien Sängerkörpers.

In Brunnens „Hörsinger“ gab der eifrig tätige ...

Hinter den Kulissen der Filmmwelt.

Nach weit mehr als auf der Bühne ist beim Film ...

Das Hauptinteresse des Abends bestand naturgemäß ...

Freie Volkshöhle. 1. Aufführungreihe (Katharin der Weile) ...



Partei-Angelegenheiten.

Freiengruppe der S. P. D. Montag Abend 8 Uhr findet bei uns unsere Zusammenkunft statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Reichsversammlung und Wahlabsicht...

Halle und Saalfeldsorte.

Halle, 17. Oktober 1921.

Nach einer Niederlage. Die Halle'sche Zeitung kann wieder einmal eine glänzende Niederlage buchen. Erst am Sonntagabend veröffentlichten wir eine Zuschrift des Gewerkschaftsrates unter der Überschrift: 'Die Schenksüchtigen'...

summe Gebrauch machte, ebenso wie die geschlossene Vorstellung bereits unter den gleichen Bedingungen an die Hallische Volksbühne und das Wohlfahrtsamt des Saalfeldes vergeben hatte.

Die Antwort hat eine vollständige Aenderung bestimmter Ansichten der 'S. P.' herbeigeführt. War sie vorher empört, daß man für 1 Mark die herrlichsten Werte sich ansehen konnte...

Die Halle'sche Zeitung ist vollständig gefaselt, daß es Mühsal der U. S. P. ist. Da er nur Naturwissenschaftler findet hat, hat sie große Zweifel an seiner Seriosität...

Elektronwert zu Bitterfeld. In dieser Eigenschaft hatte er etwa 5-6 mal Kupferstücke von einem Gesamtgewicht von etwa 15 Kilo mitgehen lassen. Seine Frau trug die geliebten Stücke...

Dr. Erdmann, nicht Erdmann, zu dem ihn ein Sachverhalt machte, heißt der voraussichtliche Nachfolger Thieles im Landratsamt. Die Halle'sche Zeitung ist vollständig gefaselt...

Die Elternseite und der Reichsschulgeheimrat. Am 12. Oktober 1921 fand in der Schillerstraße eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Elternräte der hallischen höheren Mittel- und Volksschulen statt...

Grosse Neueingänge von Damen-Konfektion noch zu billigen Preisen.

In dieser Woche wollen wir Ihnen so recht Gelegenheit geben, den Herbst- und Winterbedarf bei uns zu decken. Wir sind vorbereitet, d. h. wir haben gewaltige Warenlager in der günstigen Zeit aufgekauft u. gelangen dieselben jetzt zu sehr mäßigen Preisen zum Verkauf

Table with 4 columns: Category (e.g., Abend-Kleider, Herbst-Kleider), Description, Price, and another Price. Includes items like Samt und Seide, Wollkleid, Herbst-Paletot, Eleg. Mantel, Plüsch-Mantel, Krimmer-Mantel, Jackenkleid, Velour-Blusen, Woll-Bluse, Foulé in schönen Farben, aparte Hemdf., Hemdclorm in reinwoll. Serge, Jumper Seide in modernen Farben, Jumper Seide in eleganter Ausführung.

Brummer & Benjamin Halle a. S. Große Ulrichstrasse 22-24

